

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsbildder“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntags: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarisches Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.—Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenspreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: (im Amte d. Handelsblattes) Carl Mich. Berlin, Gewerl. Manschirte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3608—3665, für den Fernverkehr: Amt Dönhoff 3608—3609, Telegramm-Adresse: Ullsteinbuch, Berlin. Postschekkonto Berlin 680.

Baldwins Rücktritt beschloffen

Kabinettsrat in Downingstreet

London, 3. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Das Kabinettsrat, ob Baldwin sofort zurücktreten oder sich von dem annehmen Unterlegen werde zurücklassen, ist zu Ende. Lieber den heutigen Kabinettsrat in Downingstreet, der unmittelbar nach Baldwins Rücktritt aus Chequers stattfand, gibt heute folgende Mitteilung:

Der Ministerialrat, der heute in Downingstreet abgehalten wurde, hat einstimmig eine Stunde. Baldwin erklärte sich für den Rücktritt.

In dieser historischen Mitteilung wird jedoch nicht gesagt, daß die formelle Demission erst erfolgt wird, wenn der Gesundheitszustand des Königs ihm erlaubt, Baldwin zu empfangen. Zugleich wird auch das offizielle Demissionsgesuch erst morgen vorläufig formuliert werden.

Nachdem der Verlauf der Kabinettsratung verlautet, daß einige Minister, unter ihnen Chamberlain, Baldwin davon zu überzeugen suchten, daß er bis zum Zusammentritt des Parlamentes im Amt bleiben solle, um den Vizekönig die volle Verantwortung für die Sturz der Regierung zuzuschreiben. Baldwin beharrte jedoch auf seinem Standpunkt, den Rücktritt sobald als möglich durchzuführen. Das Befinden des Königs, nach dem nun der endgültige Rücktritt der konservativen Regierung allein abhängt, muß abzuwarten weitere Fortschritte, so daß heute schon die Zahl der Staatstheoretiker vermindert und die ärztlichen Besuche eingeschränkt werden konnten.

Chamberlain nicht in Madrid

London, 3. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Dem „Agence Telegraph“ ist auf Anfrage im Foreign Office erklärt worden, daß Außenminister Chamberlain nicht an der Tagung des Völkerbundes in Madrid teilnehmen wird. Es ist bisher noch nicht bekannt, wer England an der Tagung vertreten wird. Es gelten noch gemeldet wurde, daß Chamberlain morgen nach Madrid abreisen würde, ist dieser Abreise eine weitere Befestigung dafür, daß die Regierung zurückzutreten beabsichtigt.

Der nationale Parteivorstand der Arbeiterpartei wird am Mittwoch vor Vorfrüh von Macdonald in London zusammenkommen, um Richtlinien für ein Regierungsprogramm auszuarbeiten. Am Donnerstag wird die kritische Lage Gegenstand einer freizügigen Aussprache des Parteivorstandes und der neuen Unterhausfraktion sein.

Ende dieser Woche wird der Generalrat der Liberalen Partei zusammenkommen, um gleichfalls die schwierige politische Lage eingehend zu erörtern. Es verlautet, daß Lloyd George die Absicht hat, die Arbeiterpartei ohne Bindung oder Verbindlichkeit wissen zu lassen, daß die Liberale Partei eine Arbeiterregierung einzeln führen lassen würde, solange die Arbeiterregierung sich darauf beschränkt, die Republikanik nach den größten übereinstimmenden Grundsätzen beider Parteien zu führen und die Sozialisten darauf vorzubereiten, „erworbene wirtschaftliche Experimente, die über die Reformversuche des liberalen Selbstbeschlusses hinausgehen, zu machen“.

Deutschlands Angebot an Belgien

In der Mark-Frage

Paris, 3. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

In der belgischen Mark-Frage hat der Vorsitzende der deutschen Delegation, Dr. Schaaf, an den Vorsitzenden des Sonderbevollmächtigten, Owen Young, folgenden Brief geschrieben:

„In Ergänzung der Unterhaltung, die ich am letzten Sonnabend mit Ihnen in der belgischen Mark-Frage gehabt habe, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bereit ist, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. unverzüglich ein pactum de contrahendo mit der belgischen Regierung, die es durch Notenwechsel, sei es durch ein gemeinsames Protokoll abzuschließen, wodurch die beiden Regierungen sich verpflichten, Verhandlungen auf einer neuen Basis aufzunehmen mit dem Ziel einer endgültigen Regelung der Mark-Frage;
2. diese Verhandlungen alsbald aufzunehmen und darüber übereinkommen, daß diese Verhandlungen abgeschlossen werden sollten, bevor der neue Reparationsplan von den Regierungen in Kraft gesetzt wird;

3. Die Deutsche Regierung hat Herrn Ministerdirektor Ritter zu ihrem Sonderbevollmächtigten für diese Frage ernannt. Dieser ist bereit, die Verhandlungen alsbald zu eröffnen.

Der wesentliche Inhalt der vorhergehenden Punkte ist dem belgischen Gesandten in Berlin mitgeteilt worden, dessen Antwort von der belgischen Regierung erwartet wird. Die deutsche Regierung hat diesen Vorschlag in dem Geiste des Entgegenkommens und mit dem festen Willen gemacht, dieses Hindernis für die normale Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu entfernen.

Ich hoffe, daß diese Feststellungen alle Mißverständnisse beseitigen werden, die hinsichtlich der Stellung der deutschen Regierung in der belgischen Mark-Frage bestehen. Im Hinblick auf die augenblicklich bestehenden Mißverständnisse wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie den belgischen Ministerien den Standpunkt von der Stellungnahme der deutschen Regierung, wie ich sie hier dargestellt habe, Mitteilung machen würden.

Mit der Versicherung usw.“

Der Brief ist von dem Vorsitzenden sämtlichen Mitglieder des Sonderbevollmächtigten-Komitees in Abschrift zur Kenntnis gebracht worden.

Wenn Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Bei dieser Gelegenheit werden dann die Wirtschaftsgruppen, die durch die unzureichende Geltung, die sie bei den neuen Reparations- und Schuldenregelung, finden auch gegen die Wiederabstimmung stimmen würden, den Konflikt vom Jahre gebrochen haben, Farbe bekennen müssen.

Poincaré hat bereits erklärt, daß er bereit sei, die von den Sozialisten und der Gruppe Francklin-Bouillon eingetragenen Interpellationen zu beantworten, sobald die Regierung im Besitz der Sonderbevollmächtigten Stellung sei und die Verhandlungen an dem Tagung des Völkerbundes teilnehmen wird. Zu einem Vorgeplänkel darüber wird es in der Nummer bereits morgen kommen, gelegentlich der Festlegung des Termins für die Interpellationsdebatte.

In gewissen parlamentarischen Kreisen schreibt man Poincaré bereits die Absicht zu, sich über die Frage des Schuldenabkommens äußern zu lassen, um durch Ausschöpfung der übrigen Rechte und Erkenntnisse der Stabilität in sein Ministerium sein Kabinet zu einer „Konzentration der Mitte“ umzugeben.

Der Markschiff auf Wien

Kanzler und Industriellenverband / Die Heimwehr umgibt ein Erbstiftungsheim

Wien, im Juni

Karl Lahn,

Beiratgeber der „Vossischen Zeitung“

„In derselben Zeit, in der in München der Gleichheit im Parlament, seit die neuen Bundeskanzler Genl. Gieseler nicht müde für die zu dringende nötige in neue Abklärung ein. Mit geht dabei; denn man hat ihm mit den Worten „Festigung“ und „Wiederanerkennung“ gewortelt. Die Heimwehrführer, Dr. Geißler voran, wehren sich aus Versehen dagegen, daß man ihnen den so oft angebotenen Markschiff auf Wien verbietet und ihre Diffamationsläufe bekämpfen will. Sie haben gerüht und erfreuen sich der offiziellen Unterstützung. In allen Teilen Österreichs rekrutieren sie ihre Bataillone. Die einzigen früheren Offiziere und Abgelassenen der Heimwehr sind die erstbeste Gelegenheit, über Bureaucratie zu kommandieren, zu ergreifen und Gefesellschaft in freien Gelände abzuhalten. Sehr kriegerische Tagesbefehle werden erlassen. Mobilisationspläne ausgearbeitet. Wozu? Gegen den inneren Feind! Das war die Organisation des Bürgerkrieges.“

Die genaue Stärke der Heimwehren ist nicht bekannt; noch bekannt man sich in schöner Entwicklung, verfüge über viel Geld, um auch in Wien, bald in jedem Lande Österreichs mit Putschtruppen. Zahlreiche von Heimwehrern zusammenziehenden zu können. Erst im Herbst oder im Frühjahr nächsten Jahres hoffe man so weit zu sein, um den inneren Feind“ auf's Haupt zu schlagen. Der Markschiff auf Wien war das Verbot.

Der Bildung der Regierung Stresemann gingen langwierige Parteiverhandlungen über die innere Mark-Frage voraus. Der sozialdemokratische Bürgermeister und Landeshausmann von Wien, Selch, erließ sein Verbot aller Aufmärsche der großdeutschen Landespartei von Niederösterreich, Burgenland, Steiermark, Kärnten. Man antrah, daß die großdeutschen Experimente gleichzeitiger Aufmärsche der Heimwehren und des Republikanismus Schutzgebendes, die jeweils eine Mobilisierung der legalen Macht erforderlich ist, Ende fanden.

Der inneren bei der großdeutschen Partei entbrannte der Kampf des Regierflügels gegen die Gemäßigten. Dr. Geißler reiste in Griechenland und konnte zur Disziplin in seiner Partei beitragen. Einzelne Heimwehrtruppen, so in den niederösterreichischen Kreislagen, lehnen es ab, sich die Aufmärsche wecheln zu lassen und drohen mit Aufregung gegen die Staatsgewalt. Die Gefahr ist also noch nicht überwunden.

Der Bundeskanzler hielt es für an der Zeit, eine neue Mark-Frage erheben zu lassen. Er wollte dafür eine Generalinterpellation an die Regierung stellen, die die in der Mark-Frage der Österreichs. Es ist nur nicht ein zu betrachten. Die Großindustriellen schwere Opfer gebracht hatten, um die Heimwehren auszuräumen. Der Vorsitzende des Wiener Schutzverbandes, Alfred Pauer, trat jetzt zurück und wurde durch den Wiener Arbeiter-Vertreter der allerersten Siemens-Schuckert-Werke, A. G., einem maßvollen Mann, der aus dem Reiche stammt, ersetzt. Der Präsident des Gesamtverbandes, Urban, begrüßte Stresemann, der selbst Industrieller war, und erklärte, gerade in seiner Eigenschaft als Kanzler, der eine Verständigung herbeiführen soll, sei Stresemann, wie sein anderer, ganz geeignet, weil er die Industriellen-Organisationen und die Handelskammern hinter sich habe. Stresemann hielt darauf eine Rede, die von hohen parlamentarischen Stellen getragen war, und die auch äußerlich vortreffliche Beziehungen mit sich führte.

„Meine persönliche Einstellung zur Mark-Frage“, so sagte der Kanzler, „bleibt eindeutig gewesen. Wer selbst abtritt, findet immer leicht Verständnis für die Lage jener, die dies in härteren Verhältnissen tun, ohne das allseitigste selbständigen Schöpfens. Es ist seine Kunst und erfordert nicht übermäßig viel Verstand, die Wälder zum Stillstand zu bringen; es scheint mir aber auch, daß man auf Reaktionen sehr noch weniger kann, als es notwendig ist, und daß die Wälder sehr bedauerlich nicht folgen werden können. Der Hinweis auf die Notwendigkeit der Verständigung erfordert heute mehr Mut, als für stark Worte unter dem ausgiebigen Schutz wiederstandener staatlicher Mittel nötig ist.“

Den drohenden Heimwehrführern kündigte der Kanzler an, daß auf harten Verstand längere in Wien würde, wer sich für sich selber und ungezügelter Mittel bediene. Auch die Doppel-

Nach Briands Rückkehr

Paris, 3. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Arbeit Moreasus ist beendet. Jetzt beginnt die Arbeit für Poincaré! Denn während durch den positiven Ausgang der Sonderbevollmächtigtenkonferenz die Reparations- und Schuldenfrage vom internationalen Gesichtspunkt aus als der Lösung nahe angesehen werden kann, scheinen die innerpolitischen Schwierigkeiten, die sie in Frankreich ausgeübt haben, noch keineswegs beseitigt.

Poincaré, der sie umgehen wollte, indem er dem Parlament oder vielmehr den zu seiner Regierungskoalition gehörigen Reichsparteien die Beamtentung abnehmen wollte, hat sich angesichts des Protestes, den die Linke und die Mittelparteien gegen diese beabsichtigte Ausschaltung des Parlamentes erhoben haben, gezwungen gesehen, den Rückzug anzutreten. Der Ministerialrat wurde ausgeschrieben, der der Abstimmung des Schuldenabkommens und der neuen Reparationsverhandlungen dem Parla-